Ä142 Grüne Gründerzeit: sozial-ökologisch Wirtschaften

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 15.11.2018

Änderungsantrag zu 1.7.

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:
Sei es die Schweinemastanlage in Tornitz oder die Rodung des Waldes bei Taubendorf für den Braunkohletagebau Jänschwalde. Wenn es um die Nutzung von Boden, Immobilien und Ressourcen geht, wird Unternehmen oft viel Freiraum geschenkt, obwohl dies nicht selten gegen den Willen der Bevölkerung geschieht. Wirtschaft darf kein Selbstzweck sein, sondern muss den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden. Daher dürfen unternehmerische Interessen nie über die Interessen der Menschen gestellt werden. Wir wollen, dass Genehmigungsverfahren der Landesbehörden dies in Zukunft stärker berücksichtigen. Ebenso dürfen unternehmerische Interessen nicht schwerer wiegen als der Erhalt unserer Natur. Diesen Grundsatz wollen wir in der Landesverfassung fest verankern. Wo diese Grundsätze nicht greifen, müssen stärker als bisher die bestehenden Möglichkeiten zur Sanktion und Umverteilung ausgebaut werden. Denn in unserem Grundgesetz steht: Eigentum verpflichtet. Es soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen!

Begründung

Bevor Wirtschaft zum Selbstzweck wurde, der primär nur noch einem Teil der Gesellschaft dient, hatte Handel vor allem einen Zweck: Arbeitsteilung bzw. effiziente Produktion von Gütern, welche zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse notwendig waren. Das System hat sich derweil um 180 Grad gedreht: Heutzutage bestimmen nicht die menschlichen Bedürfnisse den Umfang von Produktion und Dienstleistungen, sondern Unternehmen, welche in der Lage sind, effizient zu produzieren und Dienstleistungen anzubieten, schaffen die dafür notwendigen Bedürfnisse und demzufolge Nachfrage. Exzessive Werbung an allen Ecken und Enden unseres Alltags ist nur ein Beleg dafür. Die völlig absurde aber mittlerwile gängige Praxis künstlicher Produktobsoleszenz ein weiterer. Der Teufelskreis immer weiter wachsender Produktion, wachsenden Angebots, wachsender Nachfrage, wachsenden Exports etc. hat es so weit gebracht, dass inzwischen ein Zeitraum, in dem kein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen ist, als wirtschaftliche Krise gilt. All diese Zustände haben viele Schattenseiten: Zum einen zeigen die aktuellen Einkommens- und Vermögensunterschiede, dass die Gewinne des exorbitanten Wirtschaftens nicht gerecht verteilt werden und somit eine schleichende, aber heftige Ausbeutung der unteren Gesellschaftsschichten vonstatten geht. Die Trickle-Down-Theorie ist widerlegt. Zum anderen funktioniert die Art und Weise unseres Wirtschaftens nur auf Kosten einer Dritten: Unserer Umwelt. An zwei Beispielen in Brandenburg wird das Vorgehen gewinnorientierter Unternehmen auf Kosten von Mensch und Natur deutlich: Weder die Schweinemastanlage in Tornitz noch die Rodung des Waldes bei Taubendorf steht in einem angemessenen Verhältnis zum entstehenden Schaden für Anwohner*innen und Umwelt. Wir wollen die ökologischen und sozialen Leitplanken, ohne die es keine gerechte Wirtschaft geben kann, ausbauen und festigen.